

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Überraschung und Erklärung: was die Umbrüche von 1989/90 für die Gesellschaftsgeschichte bedeuten könnten

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1991) : Überraschung und Erklärung: was die Umbrüche von 1989/90 für die Gesellschaftsgeschichte bedeuten könnten, In: Manfred Hettling, Claudia Huerkamp, Paul Nolte, Hans-Walter Schmuhl (Ed.): Was ist Gesellschaftsgeschichte?: Positionen, Themen, Analysen, ISBN 3-406-35574-9, Beck, München, pp. 11-21

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112618>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

I. THEORETISCHE POSITIONEN

Überraschung und Erklärung. Was die Umbrüche von 1989/90 für die Gesellschaftsgeschichte bedeuten könnten

von Jürgen Kocka

I. Es hat sicher Ausnahmen gegeben, aber insgesamt wurden die Historiker von den Umbrüchen 1989/90 ebenso überrascht wie andere Zeitgenossen. Was die meisten mit historischen Argumenten noch Mitte 1989 für äußerst unwahrscheinlich erklärt hätten – eine Revolution in der DDR und die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats ohne Krieg, ohne Neutralisierung und mit Zustimmung der Nachbarn –, ist geschehen. So jedenfalls sieht es jetzt, im Dezember 1990, aus, wengleich die reale Vereinigung der beiden deutschen Gesellschaften erst begonnen hat. Für Historiker, die nicht nur erzählen wollen, was war und was geschah, sondern die beanspruchen, vergangene Ereignisse aus vorangegangenen Konstellationen zu erklären, hatte diese Überraschung – ganz abgesehen von dem, was man politisch wünschen mochte – etwas professionell Irritierendes an sich. Denn wenn man zentrale Veränderungen der eigenen Zeit so wenig aus der Kenntnis gegebener Strukturen voraussagen kann wie in diesem Fall, weist dies nicht vielleicht auch auf die begrenzte struktur- und prozeßgeschichtliche Erklärbarkeit vergangener Veränderungen hin? Sollte man nicht doch lieber bloß erzählen, wie etwas geschah, statt zu analysieren warum, besonders wenn es sich um so dramatische, erlebbare und damit erzählbare Umbrüche handelt wie im Oktober und November 1989? Was folgt aus den jüngsten Umbrüchen für die Arbeit von Historikern?

II. Grundsätzlich gilt, daß historische Ereignisse – wie die Geburt eines Menschen, ein konjunktureller Einbruch oder eine Revolution – aus den ihnen vorangehenden oder vorausliegenden Bedingungsfaktoren und deren Zusammenhang nicht mit Notwendigkeit folgen, nicht gänzlich ableitbar sind und somit aus ihnen weder als zukünftige sicher prognostiziert noch als vergangene total erklärt werden können. Es liegt an diesem Stück Unbestimmtheit oder Freiheit, an diesem Hiatus zwischen Ereignissen und Handlungen einerseits, Strukturen und Prozessen andererseits, daß die

Geschichte Überraschungen birgt und historische Erklärungen auch bei voller Kenntnis der erklärungsrelevanten Faktoren in aller Regel nur klarmachen können, warum eine vergangene Veränderung möglich und wahrscheinlich, selten aber, daß und warum sie notwendig war.¹ In einer Welt von Wahrscheinlichkeiten passiert manchmal das Unwahrscheinliche. Es demonstriert dann die Grenze historischer Erklärung wie historischer Prognose und mahnt zur Bescheidenheit.

Vielleicht geschah 1989/90 eben dies. War es nicht im Licht des historischen Wissens über untergehende Reiche extrem unwahrscheinlich, daß die Macht des sowjetischen Imperiums so schnell und gleichzeitig so friedlich zerbröckelte und damit die Umstürze im mittleren und östlichen Europa ermöglichte? Galt es nicht als so gut wie ausgeschlossen, daß in einer hoch entwickelten, ausdifferenzierten Industriegesellschaft eine Revolution erfolgreich sein konnte? War es nicht – nach einer langen Tradition verfehlter Versuche, im mittleren Europa die Existenz eines starken Nationalstaats, demokratische Freiheit im Innern und Frieden nach außen auf einen Nenner zu bringen – außerordentlich unwahrscheinlich, daß dies in unserer Lebenszeit gelingen könnte?

Bisher jedenfalls scheint es, daß all dies 1989/90 geschehen ist. Gerade wer historisch zu argumentieren gewohnt war, mußte davon überrascht werden. Wird man nicht auch in Zukunft historischen Orientierungsversuchen stärker mißtrauen müssen als bisher? Begrenzen die Wahrscheinlichkeiten der Vergangenheit die Möglichkeiten der Zukunft – jedenfalls kurzfristig – in geringerem Maße, als man es meist unterstellt, wenn man »aus der Geschichte zu lernen« versucht?

Aber vielleicht greifen diese Überlegungen viel zu hoch. Vielleicht resultierte das Moment der Überraschung 1989/90 nicht so sehr aus der letztinstanzlichen Unableitbarkeit historischer Ereignisse aus den sie bedingenden Strukturen und Prozessen als vielmehr aus der Tatsache, daß diese Strukturen und Prozesse den (meisten) Zeitgenossen nicht hinreichend bewußt waren und von ihnen nicht zutreffend durchschaut wurden. Die Hindernisse, die einer perfekteren Zeitdiagnose im Wege standen, waren erheblich. Es lohnt, sich darauf zu besinnen. Ich deute nur einige an:

Das verfügbare Wissen war (und ist) hochgradig spezialisiert. Wer außerhalb des engen Kreises der Sowjetunion-Spezialisten hat schon im einzelnen verfolgt, wie sich seit den 70er Jahren in der Sowjetunion jene wirtschaftlich-gesellschaftliche Krise aufbaute, die – durch Wettrüsten und Afghanistan-Krieg verschärft – seit Mitte der 80er Jahre eine politische Korrektur ermöglichte, nahelegte oder erzwang, die dann Gorbatschow auf seine Art herbeiführte und in deren Konsequenz die Umbrüche im mittleren und östlichen Europa allererst möglich wurden?² Überdies: Wenn weithin die Stabilität und die Entwicklungsfähigkeit kommunistischer Systeme, vor allem der DDR, überschätzt worden sind, dann

resultierte das auch aus systematischer Täuschung und Desinformation, die diese Systeme als Teil ihrer Herrschaftssicherung betrieben, bis hin zur kontraproduktiven Verfälschung von Statistiken und Daten, die sie zur eigenen Planung eigentlich gebraucht hätten. Dem ist man – teilweise – aufgefressen.

Weiterhin spielte eine wichtige Rolle, daß viele von uns – trotz aller Kritik am diktatorischen Charakter der Sowjetunion, der DDR und anderer kommunistischer Länder – der Systemkonkurrenz zwischen West und Ost und der damit verbundenen Zweistaatlichkeit Deutschlands nicht jeden historischen Sinn absprachen. Setzte sich nicht der fundamentale, aus dem 19. Jahrhundert stammende, aus damaliger Perspektive erst zukünftig zu entscheidende und vieles versprechende Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf internationaler Ebene fort – trotz aller Verbiegungen und Brechungen, die er durch die diktatorische Wende dieser Linie des Sozialismus und die Mechanismen der Großmachtspolitik erfahren hatte? War nicht die DDR – trotz allem – ein post-faschistisches, sich von der nationalsozialistischen Diktatur nicht nur emphatisch distanzierendes, sondern auch tatsächlich scharf unterscheidendes Gemeinwesen? Sprach nicht – nach den katastrophalen Erfahrungen mit dem Projekt eines einheitlichen deutschen Nationalstaats – sehr viel für die mehrstaatliche Organisation des deutschsprachigen Mitteleuropas, und erhielt nicht von daher die Existenz einer selbständigen DDR ihren Sinn, so dringend man ihre innere Demokratisierung auch wünschen und fordern mochte? Es wäre falsch, vom Wunsch als dem Vater des Wissens zu sprechen: Weder waren die Wünsche eindeutig, noch schlugen sie ungefiltert auf Wissen und Wissenschaft durch. Aber die angedeuteten Überzeugungen mögen doch die Neigung gestärkt haben, die Lebensfähigkeit, Legitimationsbasis und systemimmanenten Reformpotentiale der »realsozialistischen« Länder zu überschätzen, und sie mögen die Fähigkeit reduziert haben, die innere Misere der DDR in dem Maße zu erkennen, wie sie seit dem Herbst 1989 offenbar geworden ist.

Zugebenermaßen teilten nicht alle diese reformistischen Perspektiven. Aber verzerrte Wahrnehmungen der »realsozialistischen« Wirklichkeit resultierten ja auch aus dem entgegengesetzten Blickwinkel: Wer stramm anti-kommunistisch vor der bedrohlichen Aggressivität des Ostens warnte und den Westen zu Wachsamkeit und Abwehrbereitschaft aufforderte, täuschte sich ja erst recht über die innere Fragilität der anderen Seite. Die »Falken« wurden 1989/90 nicht weniger überrascht als die »Tauben« und als viele andere dazwischen, einschließlich derer, die – wie die Regierenden – über Geheimdienst- und Think-Tank-Informationen verfügten oder – wie Günter Gaus – das andere Deutschland aus eigenem Erleben genau kannten und darüber eindrucksvoll schrieben.

Die Argumente lassen sich generalisieren: Zeitgenossenschaft ist keine

Garantie für zutreffende Zeitdiagnose. Was man erlebt, ist in der Regel nur die Spitze eines Eisbergs. Was man darüber hinaus zur Kenntnis nimmt, ist hochgradig selektiv, Gesichtspunktabhängig und gedeutet. In bezug auf ihre eigene Zeit sind Historiker nichts anderes als Zeitgenossen. Auch überdurchschnittlich gut informierte Zeitgenossen kennen ihre Zeit nur partiell. Nur zum kleinen Teil durchschauen sie die komplexen Bedingungs- und Wirkungszusammenhänge, in denen sie leben und handeln, die sie beeinflussen und von denen sie vielfach betroffen sind.

Eben deshalb greifen zeitgenössische Prognosen meistens zu kurz. Eben daraus ergibt sich die Chance der Historiker. Denn erst aus der späteren Rückschau – nach ausgiebigen Recherchen aufgrund nur allmählich zugänglich werdender Quellen, in Kenntnis der Folgen und aus gewisser Distanz – mag erkennbar werden, was wirklich geschah, wodurch es verursacht wurde, in welchen Zusammenhängen es stand und was es in der Folge bedeutete. So gewendet, folgt aus der 1989/90 dramatisch erlebten Unvoraussagbarkeit der Geschichte nicht ihre Unerklärbarkeit *ex post*, ganz im Gegenteil: Die historische Erklärung gewinnt durch jene Unvoraussagbarkeit erst ihr Mandat, ihren Ort und ihre *raison d'être*. Denn wüßten die Zeitgenossen immer schon selbst, was, warum und mit welchen Folgen in ihrer Zeit passiert, wäre das Geschäft des Historikers auf das des bloßen Registrators oder Chronisten beschränkt. Darüber hinaus wäre er überflüssig.

Zukünftige Erklärungen und Deutungen dessen, was 1989/90 geschah, werden die Überraschung, die Freude, den Schock und die Dramatik nicht übergehen oder verschütten dürfen, die jene erlebten, die dabei waren und davon erzählen können. Eigenes Erleben und Erzählungen des Erlebten sind wichtiges Material für jede historische Analyse.³ Allerdings geht diese regelmäßig darüber hinaus, indem sie sie im Lichte anderer Informationen relativiert, aufhebt und auf Bedingungen und Folgen hin analysiert, die selbst weder erlebt wurden noch erzählt werden können. Darin unterscheiden sich die Ereignisse von 1989/90 nicht von denen in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten, denen es ja auch an Dramatik nicht fehlte. Naiv ist es zu glauben, daß die Geschichte erst 1989/90 ihren dramatischen Charakter wiedergefunden habe und als solche wieder erzählbar geworden sei.⁴ Im Gegenteil: Die dramatischen Ereignisse 1989/90 dürften in besonders hohem Maße von vielfältigen Faktoren bedingt gewesen sein, die den Handelnden ebenso wenig präsent waren wie den hautnah miterlebenden Berichterstattern und die deshalb in deren Erzählungen kaum – oder nur ganz gebrochen – auftauchen. Gerade weil die Umbrüche von 1989/90 so überraschend waren, entziehen sie sich der Erzählung und benötigen sie die aufwendige Analyse, um zutreffend begriffen und dargestellt zu werden. Und was die Revolution des Herbstes, die Öffnung der Mauer, der Zusammenbruch der DDR und die schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten langfristig bedeuten werden, muß sich erst noch herausstellen.

Dabei könnte man überraschenderweise bemerken, daß man zu früh und zu sehr überrascht war. Denn was die Zukunft nunmehr bereithält, ist wiederum keineswegs klar. Die Wahrscheinlichkeitserwartungen, deren Nichterfüllung zur Überraschung von 1989/90 beitrug, könnten ja doch noch – langfristig, auf einer neuen Ebene und in anderer Form – Realität werden. Ich knüpfe an die vorn geäußerten Überlegungen an:

Der Niedergang der Sowjetunion ist noch längst nicht zu Ende. Ob er sich unblutig fortsetzt, läßt sich bezweifeln. Katastrophale Entwicklungen sind keineswegs auszuschließen. Die Folgen – für die Vollendung der deutschen Einheit und den Frieden in Europa – wären unabsehbar.

Je mehr man Abstand zum Herbst und Winter 1989/90 gewinnt, desto größer könnten die Zweifel werden, wie sehr jene Wende die Bezeichnung »Revolution« verdient. Denn eine fundamentale Umgestaltung der DDR-Gesellschaft blieb zunächst einmal aus. Erst die allmähliche Integration der ehemaligen DDR in die sich dadurch verändernde Bundesrepublik holt an tiefgreifendem Wandel nach, was die friedliche Revolution jener Monate nicht fertigbrachte.

Schließlich muß sich erst noch erweisen, daß ein starker deutscher Nationalstaat, innere Demokratie und europäischer Frieden langfristig kompatibel sind. Sicherlich gab es zur Wiederherstellung des Nationalstaats 1990 kaum eine Alternative. Sie lief mit bemerkenswerter Mäßigung ab, der extreme Nationalismus früherer Jahrzehnte zeichnet sich, außer in kleinen Randgruppen, nirgendwo ab. Zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten wurde es überdies möglich, nationale und liberal-demokratische Ziele zugleich zu verfolgen: die nationale Vereinigung als Mittel zur liberalen Demokratisierung der DDR, die sich *allein* wohl kaum aus den Verkrüppelungen von vier oder sechs Diktatur-Jahrzehnten befreit hätte, jedenfalls nicht in kurzer Zeit und nicht ohne neue, unberechenbare Konvulsionen. Aber es bestehen doch Zweifel, ob diese progressive Funktion der nationalen Parole auf Dauer gestellt werden kann, nachdem einmal die kommunistische Diktatur beseitigt und die Vereinigung bewerkstelligt ist. Wie werden die Deutschen mit ihrer Souveränität und ihrer neuen Großmachtrolle zurechtkommen, wie Europa mit diesem deutschen Koloß? Was bedeutet die neue Verächtlichkeit gegenüber dem angeblichen »Provinzialismus« der alten wie der neuen Bundesrepublik, die sich das neue, größere Deutschland angeblich nicht mehr leisten dürfe?⁵ Zunächst nur die Kritik von politischen Romantikern mit besonderem Sinn für Größe, mögen daraus allmählich – und dann auch außerhalb der Feuilletons und Kulturzeitschriften – Visionen von nationaler Größe, Verantwortung und Macht werden, mit denen sich in der nächsten und übernächsten Generation schlechte Politik machen läßt, vielleicht auch um jenen Spannungen und Verwerfungen Herr zu werden, die die Vereinigung im Gewebe dieser Gesellschaft hervorzubringen droht.

Jedenfalls ist nichts auf diesen Gebieten völlig ausgemacht. Man kann

nur hoffen und das Seine dazu tun, daß die skeptischen Erwartungen, die man 1989/90 – zum Teil erleichtert und erfreut, zum Teil erstaunt und irritiert – widerlegt sah, sich nicht in abgewandelter Form zukünftig doch noch bewahrheiten. Was die Geschichte kurzfristig widerlegt, mag sie ja langfristig bestätigen.

III. Haben die jüngsten Ereignisse Konsequenzen für die Art, in der man die neuere Geschichte konzeptualisiert? Auch dies wird sich erst allmählich herausstellen. Derzeit sind nur ganz vorläufige Überlegungen möglich. Ich beschränke mich auf einen Komplex: Dokumentieren die Umbrüche von 1989 und 1990 nicht eindeutig den Primat der Politik? Beweisen sie nicht das Eigengewicht politischer Veränderungen, die Dynamik politischer Bewegungen und die Macht politischer Entscheidungen? Mache nicht das Beispiel Gorbatschows ein weiteres Mal klar, wie geschichtsmächtig einzelne große Persönlichkeiten sein können? Und wie kommen sozialgeschichtliche Ansätze mit diesen Beobachtungen zurecht?

Für sozialgeschichtliche Reduktionisten, sofern es sie denn gab, war 1989/90 tatsächlich ein schlechtes Jahr. Wie irreführend es wäre, generell und in bezug auf die neuere deutsche Geschichte vom »Primat der Innenpolitik« auszugehen, wurde wohl jedem deutlich. So sehr die außenpolitische Schwächung der Sowjetunion größtenteils eine Funktion ihrer inneren Krise gewesen sein dürfte, so wenig ist zu übersehen, daß die innere Entwicklung in Deutschland bisher und wohl auch in Zukunft ganz erheblich eine Funktion des internationalen Mächtesystems war und ist, auf das das vereinigte Deutschland gesteigerten Einfluß ausüben wird. Über die Denkfigur eines historisch variablen Wechsel- und Bedingungsverhältnisses zwischen innerer und äußerer Politik kommt man wohl nicht hinaus.

Daß die gesellschaftliche Dynamik der neuesten Zeit in Europa nur noch zum kleinen Teil aus dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Bourgeoisie und Proletariat resultiert, konnte man auch schon vor 1989 wissen. Die Ereignisse von 1989/90 haben es bestätigt. Die jüngsten Revolutionen lassen sich nicht klassengeschichtlich deuten. Man mag sie, von Zielsetzung und Funktion her, als nachholende bürgerliche Revolutionen interpretieren, die gegen Fremdherrschaft und Diktatur Zuwächse an nationaler Autonomie und Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft erkämpften; neuerdings setzt sich dafür das Wort »Zivilgesellschaft« durch. Ihre soziale Basis war aber weder überwiegend bürgerlich noch überproportional proletarisch. Es handelte sich um Volkserhebungen einer neuen Art, die vermutlich nur unter besonderen Bedingungen möglich sind: unter den Bedingungen einer *bereits* deutlich bröckelnden Diktatur, die *noch nicht* neuen funktionierenden parlamentarischen Strukturen gewichen ist. (Ob die Macht der bisher Mächtigen schon genügend bröckelte, wußte man allerdings erst, nachdem man es mutig ausprobiert hatte. Daß es in

Leipzig anders als in Peking unblutig ausging, war vorweg nicht gesichert.) Die direkt- und konsensdemokratischen Politikformen, die im Zuge dieser Revolution auftauchten (z.B. an den verschiedenen »runden Tischen«), sind mit der Übergangssituation verschwunden, der sie sich verdankten, ähnlich wie die rätendemokratischen Experimente von 1918/19. Sie wirken aber als Erinnerungen fort, eignen sich gut zur nachträglichen Stilisierung. Die sicherlich langjährige Vorbereitung der Möglichkeit solcher schnell mobilisierbarer und schnell wieder abklingender Volksbewegungen unter den Lebensbedingungen post-stalinistischer Diktaturen sozial-, politik- und mentalitätsgeschichtlich zu untersuchen, wird – auch im deutsch-deutschen Vergleich und mit der Frage nach deutsch-deutschen Wechselbeziehungen – lange ein lohnendes Problem der Zeitgeschichte sein.⁶

Auch schon vor 1989/90 hat man gewußt, daß Politik sehr viel mehr ist als ein Reflex auf soziale und ökonomische Prozesse. In den jüngsten Ereignissen wurde es nur um so deutlicher: Politik hat Eigengewicht und eigenständige Dynamik, sie ist nicht nur sozialökonomisch bedingt, sondern auch kulturell-normativ geleitet. Nicht nur sozialökonomische und militärische Potentiale sind Ressourcen politischer Macht, diese setzt im demokratischen Zeitalter vielmehr auch Konsens, Loyalität und Hoffnungen voraus, die aufgebraucht werden und damit der Politik ein Stück Basis entziehen können. So geschah es wohl in der Sowjetunion, vielleicht auch in der DDR, nachdem jahrzehntelang utopische Erwartungen gepflegt, aber nicht eingelöst, sondern ständig und zunehmend enttäuscht wurden, und das formende Erlebnis des »Großen Vaterländischen Krieges« oder des eigenen Faschismus für die Mehrheit nur noch historische Erinnerung war. Ohne die Analyse lang hingestreckter, aber sich an kritischen Punkten rasant beschleunigender Mentalitätsveränderungen⁷ wird man die gesellschaftlichen Grundlagen der Politik in der Tat leicht verfehlen. Auch wird man das relative Gewicht der handelnden Personen nicht gering schätzen dürfen. Weiterhin exekutieren sich weltgeschichtliche Prozesse nicht einfach von selbst.

Entgegen manchen historisch-sozialwissenschaftlichen Annahmen der letzten Jahrzehnte hat sich in den jüngsten Umbrüchen die nationale Zusammengehörigkeit als Element kollektiver Identität wie als Basis von Politik äußerst langlebig und resistent gezeigt: besonders ausgeprägt und mit fast schon wieder vorhersehbaren Gefahren im östlichen Europa, undramatisch und selbstverständlich im Westen, spektakulär, aber hoffentlich weiterhin maßvoll-kontrolliert in Deutschland. Unter Bedingungen ökonomischer Rückständigkeit und Not – wie im Osten – bedeutet die Betonung des Nationalen etwas anderes als in den hochentwickelten Industriegesellschaften des Westens, sie hat im Kampf gegen eine fremdherrschaftlich getragene Diktatur einen ganz anderen Stellenwert als in einem sich demokratisch einigenden westlichen Europa, und die Berufung auf nationale Identität führt im ethnisch relativ homogenen Milieu zu geringeren

Erschütterungen als dort, wo Nationalitäten auf engstem Raum zusammenwohnen, wie im südöstlichen Europa und zunehmend auch anderswo – dank massenhafter Wanderungen, jüngst und in Zukunft. Es beeindruckt nicht nur die Langlebigkeit des Nationalen, sondern auch seine Multifunktionalität. Beides gilt es nach den Umbrüchen von 1989/90 neu zu bedenken.

Ganz falsch wäre es gleichwohl, zur alten Politikgeschichte zurückzukehren, modisch zur Kultur- und Diskursgeschichte überzuwechseln oder als Reflex auf das Nationale in der jüngsten Politik die eigene Geschichte schwarz-rot-gold anzustreichen und noch stärker nationalgeschichtlich zu definieren, als es ohnehin fast immer geschieht. Differenzierte gesellschaftsgeschichtliche bzw. sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Ansätze reichen auch bei der Erklärung der zurückliegenden Umbrüche weit; national übergreifende Blickweisen sind nötig. Dies sei an drei Beispielen andeutungsweise illustriert.

1. Die Sogkraft des Nationalen, wie sie in Deutschland seit dem November 1989 politisch wirksam wurde, läßt sich im Kern sozialgeschichtlich interpretieren.⁸ Seit dem 9. November schnell anschwellend, kam die auf Wiedervereinigung drängende Dynamik ganz primär aus der Bevölkerung der DDR. Natürlich leistete die bundesrepublikanische Politik ihren Beitrag, Brandt früher als Kohl, aber sie steuerte den Prozeß keineswegs, sie lief ihm vielmehr hinterher. Während die erste Phase der Revolution bis zum November ganz ohne nationale Parolen ausgekommen war, traten diese nun rasch in den Vordergrund. Dies ist ja bekannt. Hier ist nur folgendes anzufügen: Der Slogan »Wir sind das Volk« war nicht nur eine nationale Parole – das war er auch –, er repräsentierte gleichzeitig ein soziales Programm. Denn indem man sich als Mitglieder *einer* Nation – der deutschen – definierte, konnte man am ehesten hoffen und *als Recht* einfordern, das ausgeprägte Gefälle an Lebensqualität schnell zu reduzieren, das einen von den besser gestellten Westdeutschen trennte. Mit »Gefälle an Lebensqualität« ist nicht nur ökonomische, sondern gleichzeitig auch soziale, politische und kulturelle Ungleichheit gemeint. Im nationalen Interpretationsrahmen wurde es möglich, offensichtliche Ungleichheit als ungerechte Benachteiligung zu definieren. Mit Verweis auf die nationale Zusammengehörigkeit forderte man ihren Abbau. Im Kern der nationalen Emphase steckte ein soziales Programm. Nur so erklärt sich ihre Wucht.⁹

2. Das Ende der DDR und die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats waren aufs engste verflochten mit dem dramatischen Scheitern eines hoffnungs- und kostenreichen weltgeschichtlichen Experiments, des diktatorischen Staatssozialismus seit 1917. Warum es dazu kam, läßt sich nicht nationalgeschichtlich entschlüsseln. Zur Erklärung wird man vor allem auf die west-östliche Systemkonkurrenz eingehen und die überlegene Leistungskraft kapitalistischer Wirtschafts- und bürgerlicher Gesellschaftssysteme herausarbeiten müssen. Zur weiteren Erklärung bietet sich

dabei ein klassisch marxistisches Denkmuster an: Auf der Stufe der gegenwärtig ablaufenden oder anstehenden Dritten Industriellen Revolution geraten die Entwicklungspotentiale moderner, auf rascheste Informationsverarbeitung und schnellste Innovation angewiesener Technik in Gegensatz zur Organisation einer geschlossenen, regulierten, gegängelten und blockierten Gesellschaft, wie sie den kommunistischen Diktaturen eigen war. Die Produktionsverhältnisse – einschließlich des Fehlens einer funktionierenden Öffentlichkeit – hemmten die Entwicklung der Produktivkräfte, und eben dieses Mißverhältnis, dieser innere Widerspruch produzierte – im Kern – die Krise des »realsozialistischen« Systems. Diese inneren Fesseln verwaltungswirtschaftlicher Organisation wurden allerdings erst in der gnadenlosen Systemkonkurrenz offenbar, zu der die Kraft zehrende Invasion Afghanistans ebenso gehörte wie die forcierte Aufrüstungspolitik Reagans und die Sogkraft des westlichen Modells, vor der man im Zeitalter des Fernsehens und des erleichterten Reisens die eigenen Bevölkerungen nicht wirksam abschotten konnte. Hier ist es nicht möglich, dies auszuführen.¹⁰ Es sollte nur ein eher wirtschafts- und sozialhistorisches Erklärungsmuster *angedeutet* werden, das die jüngsten Umbrüche einordnet und natürlich zu der Frage weiterdrängt, was denn aus der westlichen, kapitalistischen Seite wird, nachdem ihr der Widerpart, die Herausforderung, abhanden gekommen ist. Kurzfristig hat zwar der Zusammenbruch der östlichen Systeme einen energischen Selbstanerkennungsschub in den westlichen Gesellschaften ausgelöst, deren innere Opposition geschwächt und ihre Selbstkritik erschwert. Aber ohne das legitimierende Bild vom unterlegenen Rivalen im Osten mag schon mittelfristig all das viel schärfer hervortreten, was an den kapitalistisch-bürgerlichen Systemen des Westens häßlich, bedrückend und provokativ ist – einschließlich ihres unakzeptablen Verhältnisses zur »Dritten Welt«. Auch diese Probleme sprengen den nationalgeschichtlichen Rahmen.

3. Wie der Wandel der letzten Jahre begrifflich einzuordnen ist und was daraus für die Analyse der Moderne seit dem späten 18. Jahrhundert folgt, wird man wohl noch lange tastend und kontrovers diskutieren. Derzeit erscheint es als nicht unwahrscheinlich, daß man mit einer reflektierten Variante der alten, oft gescholtenen und schon mehrfach beerdigten Modernisierungstheorie am weitesten kommt, die ja die »Kosten«, Brüche und Katastrophen der Entwicklung keineswegs leugnen muß und ein hohes Maß an historischer Variabilität einräumen kann.¹¹ Die raschen Veränderungen der letzten Jahre in Osteuropa lassen sich als Bestätigung der Modernisierungstheorie lesen, insoweit diese die langfristig sich durchsetzende, interdependente Parallelität von (a) Marktwirtschaft und Industrialisierung, (b) sozialer Pluralisierung, (c) »civic culture« und (d) freiheitlich-demokratischem Verfassungsstaat behauptet. Als Nachhol-Revolution und Nachhol-Modernisierung läßt sich dann deuten, was in Osteuropa in den

80er Jahren ansetzte, 1989 dramatisch an Geschwindigkeit gewann, aber noch längst nicht beendet ist und seine tiefen Krisen noch vor sich haben mag. Von der ausgeprägten Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen und brisanten Ungleichgewichten ist dann mit Blick auf Europa – aber auch auf Deutschland – zu sprechen. Was diese nacheilende Modernisierung des Ostens für die notwendige Modernisierung des Westens – und ihre Krisen – bedeutet, kann auf diese Art systematisch gefragt werden.

Ob allerdings die Modernisierungstheorien den viel härteren Test ihrer Anwendung auf das nun drohend in den Blick tretende, ungelöste Nord-Süd-Problem ähnlich erfolgreich überstehen können wie die Herausforderung der »realsozialistischen« Alternative, ist mehr als unsicher. Während sich das westliche Modell der östlichen Herausforderung gegenüber als wandlungsfähig genug erwies, um langfristig überlegen und expansiv sein zu können, scheinen seiner Universalisierbarkeit gegenüber der »Dritten Welt« im Zeitalter der drohenden ökologischen Katastrophe sehr viel prinzipiellere Grenzen gesetzt zu sein. Die Umbrüche von 1989/90 haben den Blick auf diese welthistorischen Probleme freigemacht. Ein Ende der Geschichte ist ebenso wenig abzusehen wie ein Ende der historischen Theorienbildung.

Anmerkungen

¹ Vgl. R. Koselleck, Darstellung, Ereignis und Struktur, in: G. Schulz (Hg.), Geschichte heute. Positionen, Tendenzen, Probleme, Göttingen 1973, S. 307–17; J. Kocka, Sozialgeschichte. Begriff, Entwicklung, Probleme, Göttingen 1986², S. 73–77 (hier auch die notwendigen Begriffsbeschreibungen, die oben vorausgesetzt sind).

² Vgl. K. Segbers, Der sowjetische Systemwandel, Frankfurt 1989, S. 174ff; M. Ferro, Les origines de la perestroïka, Paris 1990.

³ Jetzt als Erlebnisbericht dieser Art sehr gut: R. Darnton, Der letzte Tanz auf der Mauer. Berliner Journal 1989–1990, München 1991.

⁴ So G. Seibt, Ein Drama ohne Helden. Historische Wissenschaft und gegenwärtige Erfahrung, in: FAZ Nr. 128, 5. Juni 1990, S. 31 (unterhaltsam, aber ohne die nötige gedankliche Konsequenz).

⁵ K.H. Bohrer, Provinzialismus, in: Merkur 44. 1990, S. 1096–1102.

⁶ Dazu jetzt L. Niethammer u. a., Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Skizzen, Berlin 1991.

⁷ Siehe die anregenden Überlegungen in Christian Meiers Kritik an Paul Kennedy: Die »Ereignisse« und der Umbruch des Weltsystems, in: Merkur 44. 1990, S. 376–86, bes. S. 383f.

⁸ Etwas ausführlicher in: J. Kocka, Revolution und Nation 1989. Zur historischen Einordnung der gegenwärtigen Ereignisse, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 19. 1990, S. 479–89.

⁹ Daß sich die Westdeutschen gegen dieses Ansinnen nicht deutlicher sperrten, sondern sich ihm mit großer Mehrheit öffneten, läßt sich so allerdings nicht erklä-

ren, sondern verweist auf andere Grundlagen fortdauernder nationaler Identifikation, die gesondert zu erforschen wären.

¹⁰ Vgl. mit Bezug auf die DDR J. Radkau, *Revoltierten die Produktivkräfte gegen den real existierenden Sozialismus?*, in: 1999. *Zs. f. Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 1990, H. 4, S. 13–42, hier S. 15f. (ansonsten mit anderem Tenor, sehr anregend).

¹¹ Als kritische Einführung weiterhin am besten: H.-U. Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975; letztlich modernisierungstheoretisch in der Tradition Webers: ders., *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 1: *Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815*, München 1987, bes. S. 12–20; ders., *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2: *Von der Reformära bis zur industriellen und politischen »Deutschen Doppelrevolution« 1815–1845/49*, München 1987.